

PRESEMITTEILUNG

Stephan Machulik, Bezirksstadtrat für Bürgerdienste und Ordnung, informiert

Berlin, den 20.09.2012

Quo vadis Ponyhof ?

Der Stadtrat für Bürgerdienste und Ordnung, Stephan Machulik, ist erstaunt über den Inhalt der am 13.09.12 von der Bürgerinitiative gegen Amtswillkür veröffentlichten Presseerklärung. Darin ist von einer „Wiedereröffnung“ und „Rückkehr“ der Tiere zum 1. Oktober 2012 die Rede.

In dem Gespräch vom 6. September, auf das Bezug genommen wird, haben neben dem Stadtrat, dem Veterinäramt und als Förderer des zukünftigen Ponyhofes Herr Forstreuter und 2 weitere Bürger, sowie der bereits vorab avisierte Tierpfleger, Herr W. und eine weitere Tierpflegerin teilgenommen. Es wurde durch den Stadtrat die Sachlage und durch die beiden anwesenden Tierärztinnen das Procedere und die Voraussetzungen für eine korrekte Antragstellung erläutert. Das Gespräch verlief sachlich und konstruktiv. Eine der anwesenden Personen bot an, die Tochter der ehemaligen Ponyhofbetreiber bei der Zusammenstellung der erforderlichen Unterlagen zur Antragstellung zu unterstützen. Die für einen Antrag erforderlichen Unterlagen und Auskünfte ergeben sich nicht aus willkürlichen Ideen der Behördenmitarbeiter, sondern aus klaren Vorgaben des Tierschutzgesetzes und allgemeingültigen Ausführungsbestimmungen dazu.

Das trifft auch für die Darlegung eines Betriebskonzeptes zu, was besonders in diesem Fall im Interesse aller liegen sollte, die sich für die Etablierung einer dauerhaften Lösung engagieren. Weiterhin kamen Rahmenbedingungen, wie die Übergabe des Betriebes, zusätzliche Weidefläche oder die Bodenbeschaffenheit im bisherigen Auslauf der Ponys zur Sprache.

Selbstverständlich war auch der zukünftige Tierbestand Thema. Dabei wurde eindeutig klargestellt, dass es nahezu aussichtslos ist, die Ponys von den jetzigen Besitzern zurück zu erhalten. Dennoch wurde seitens des Bezirksamtes dem Wunsch der anwesenden Förderer des Ponyhofes zugestimmt, Kontakt mit den jetzigen Besitzern aufzunehmen.

Ein Eröffnungstermin zum 1. Oktober wurde weder besprochen noch in Aussicht gestellt.

Entgegen der Darstellung der Bürgerinitiative lag bis zu dem Gespräch am 6.9.2012 und liegt auch bisher dem Bezirksamt nachweislich noch kein vollständiger Antrag auf Erteilung einer Erlaubnis zum Betreiben eines Ponyhofes vor und damit ist auch

Kontakt: Bezirksamt Spandau von Berlin
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Frau Haverland-Hirsch
Carl-Schurz-Str. 2/6, 13597 Berlin
Postanschrift: 13578 Berlin

Tel. (030) 90279 – 2301
Fax (030) 90279 – 2700
presse@ba-spandau.berlin.de
www.spandau.de

die Aussage, dass die "erforderlichen Unterlagen" nun zum 3.Mal eingereicht werden, schlichtweg unwahr.

Hier liegt eher die Vermutung nahe, dass es sich wiederum um eine sehr eigenwillige Interpretation der Besprechungsergebnisse handelt, die falsche Darstellungen enthält und dem Stil des Generalbevollmächtigten der ehemaligen Betreiber entspricht. Sie weckt unberechtigte Hoffnungen bei allen, denen der Ponyhof am Herzen liegt, insbesondere den Kindern.

Zwischenzeitlich sind die vor Gericht anhängigen Verfahren abgeschlossen, die Anordnungen zum Halteverbot, der Wegnahme und Übergabe der Tiere an Dritte haben Bestandskraft. Auch eine im Namen der BI gegen die amtliche Tierärztin erstattet Strafanzeige wegen Verstoß gegen das Tierschutzgesetz wurde von der Staatsanwaltschaft Potsdam eingestellt.

Die jetzigen Besitzer der Ponys haben auf Nachfrage unmissverständlich zum Ausdruck gebracht, dass eine Rückführung der Tiere ausgeschlossen ist, nicht zuletzt darin begründet, dass diese das Geschehen im Internet verfolgt haben.

Schon deshalb kann es eine „Wiedereröffnung“ des Ponyhofes und „Rückkehr“ der Tiere in der von der BI erwarteten Form nicht geben.

Inzwischen dürfte allen Interessierten und Anhängern klar sein, dass ihre bisherige Vorgehensweise der Sache des Ponyhofes mehr geschadet als genützt hat.

Bleibt die Hoffnung, dass es den wirklich Interessierten an der Neuerrichtung eines Ponyhofes gelingt, eine sachliche und von gegenseitigem Respekt getragene Ebene zu finden, in der Unwahrheiten, Beschimpfungen und Verleumdungen keinen Platz haben. Das Gespräch am 6. September war ein guter Anfang.

Kontakt: Bezirksamt Spandau von Berlin
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Frau Haverland-Hirsch
Carl-Schurz-Str. 2/6, 13597 Berlin
Postanschrift: 13578 Berlin

Tel. (030) 90279 – 2301
Fax (030) 90279 – 2700
presse@ba-spandau.berlin.de
www.spandau.de